

17. Juni 2009  
Schwab/Rief

## 68. Plenarsitzung

020 / 6

**Abg. Martin Rivoir SPD:** Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bildungsstreik der Schülerinnen und Schüler, der Studentinnen und Studenten ist richtig. Er findet unsere Unterstützung. Er ist richtig in der Beschreibung der Missstände, richtig in der Ursachenanalyse, richtig in den Forderungen und richtig in den Zielen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Wir als SPD-Fraktion sehen uns bestätigt in unserer beständigen Kritik an der Zurichtung der Hochschulen auf dem Markt, von dem Sie glauben, er sei das allein seligmachende Ordnungsprinzip.

Es wird immer klarer: Bildung funktioniert eben nicht nach Marktprinzipien. Der Markt ist in diesem Bereich blind für die Erfordernisse des Landes und seiner Menschen.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Und warum stehen wir in Baden-Württemberg auf Platz 1?)

Für Entscheidungen im Bildungsbereich sind politische oder auch regional politische Überlegungen und Vorgaben notwendig. In unserem Land aber wurde

17. Juni 2009  
Schwab/Rief

## 68. Plenarsitzung

020 / 7

im Hochschulbereich die unternehmerische Hochschule zum Leitbild der Hochschulreform gemacht. Als Folge dieser Ideologie sind heute die Hochschulen flächendeckend konfusioniert: Bei der Zulassung zum Studium, im Studium selbst, bei den Abschlüssen, in der Finanzierung und bei ihrer Struktur- und Entwicklungsplanung, wie wir gerade in Stuttgart wunderbar beobachten können. Für dieses Chaos sage ich jetzt, an unseren Hochschulen trägt diese Landesregierung und ihr ideologischer Vordenker, Herr Prof. Frankenberg, die Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

(Folgt 021: aus dieser Verantwortung ...)

17. Juni 2009  
Semar/Heusel

## 68. Plenarsitzung

021 / 1

(Fortsetzung 11:40 Abg. Martin Rivoir SPD)

Aus dieser Verantwortung werden wir Sie auch nicht entlassen.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle  
CDU: Reden Sie zur Sache!)

Unterfinanzierung und Marktausrichtung, das sind die beiden großen Probleme,  
die die Hochschulen hier in unserem Land ganz besonders haben.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Und wo sind die „spitze“-SPD-  
Länder? – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist die Rede zum  
1. Mai! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ich werde versuchen, diesen Befund durch einige Beispiele zu belegen.

Zunächst zu den Studiengebühren. Kollege Löffler hat das alles noch einmal  
verteidigt.

(Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

Sie haben die Verantwortung dafür, dass sie eingeführt wurden. Sie wollten

17. Juni 2009  
Semar/Heusel

## 68. Plenarsitzung

021 / 2

zulasten der Haushalte der Eltern, zulasten der Studierenden den Landeshaushalt entlasten. Sie haben ein Stipendiensystem versprochen, aber es ist nicht gekommen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo ist es denn?)

Wo ist es? Nichts ist gekommen. Versprochen gebrochen!

Sie haben sogenannte Studiendarlehen eingeführt. Eine Nullnummer! Bei einem Zinssatz von 7 % wurden sie nicht angenommen. Bei einem Zinssatz von 5,5 % werden sie auch nicht angenommen.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Sie werden nicht gebraucht!)

Über kurz oder lang, meine Damen und Herren von der Regierungsfractionen, ist Ihnen allerdings klar geworden, dass Sie mit diesem Trick der angeblichen Sozialverträglichkeit, mit diesen Studiengebührendarlehen vor dem Bundesverfassungsgericht wohl Probleme bekommen. Deswegen haben Sie ruck zuck einem deutlichen sozialen Signal zugestimmt – das wollten Sie setzen –, und zwar der sogenannten Geschwisterregelung. Aber diese Geschwisterregelung ist in diesem ganzen Reigen offensichtlich der nächste

17. Juni 2009  
Semar/Heusel

## 68. Plenarsitzung

021 / 3

Rohrkrepiierer geworden. Sie kennen die Geschwisterregelung: Das dritte Kind und alle weiteren Kinder sind von den Studiengebühren befreit. Wir haben diese Regelung begrüßt, weil wir sie als Einstieg in den Ausstieg aus den Studiengebühren sehen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! Nur dann macht es Sinn!)

Das war die Begründung, warum wir da mitgemacht haben.

Um es klar zu sagen: Aus unserer Sicht, meine Damen und Herren, ist es sozial gerecht, wenn das dritte und alle weiteren Kinder von den Studiengebühren befreit werden. Denn aus unserer Sicht gehören alle Kinder von den Studiengebühren befreit.

(Beifall bei der SPD – Abg. Werner Pfisterer CDU: Und wer bezahlt's?)

Herr Kollege Bachmann, Ihr dreistes Zahnarztbeispiel, das Sie hier immer so gerne anführen, wird dadurch endgültig ad absurdum geführt.

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Aber heute nicht mehr!)



17. Juni 2009  
Semar/Heusel

## 68. Plenarsitzung

021 / 4

Sie haben mit dem Vergleich zwischen dem Zahnarzt, der über die Studiengebühren für sein Kind zur Finanzierung des Studiums herangezogen werden muss, und der Lidl-KassiererIn, die ohne Studiengebühren mit ihren Steuern – wenn sie überhaupt noch welche bezahlt – das Studium des Zahnarztkindes mitfinanziert, immer nur eine Rechtfertigung für Ihr Studiengebührenmodell gesucht. Mit dieser Interpretation ist jetzt endgültig Schluss. Umgekehrt wird jetzt nämlich ein Schuh daraus: Jetzt reden wir von der alleinerziehenden Lidl-Verkäuferin, deren einziges Kind Studiengebühren bezahlen muss, während die dritten und weiteren Kinder der Zahnärzte von Studiengebühren freigestellt sind.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Unglaublich!

Die Lidl-Verkäuferin zahlt für den Zahnarzt! Das ist der Gipfel!

– Gegenrufe der Abg. Werner Pfisterer und Dr. Reinhard Löffler

CDU)

Der Gipfel des Ganzen ist die Tatsache, dass Sie von den Regierungsfractionen sich beharrlich weigern, den Hochschulen die durch diese Geschwisterregelung entstandenen Mindereinnahmen aus Landesmitteln zu ersetzen. Immerhin handelt es sich um bis zu 50 % des bisherigen Aufkommens an

---

Telefax Stenografischer Dienst: (0711) 2063 14335

Telefon Stenografischer Dienst: (0711) 2063 336 (Wienand)

17. Juni 2009  
Semar/Heusel

## 68. Plenarsitzung

021 / 5

Studiengebühren. Unsere entsprechenden Anträge in der Haushaltsdebatte im Januar dieses Jahres wurden abgelehnt.

Wir sehen das so: Wenn der Landtag auf Vorschlag der Regierung ein Gesetz mit solch massiven Folgen für die Hochschulen beschließt, dann ist es nur recht und billig, wenn dieser Landtag dafür sorgt, dass der finanzielle Verlust wieder ausgeglichen wird.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben es abgelehnt. Sie haben die Hochschulen in diesen Jahren im finanziellen Chaos alleingelassen. Nach unserer Ansicht haben die Hochschulen sogar ein vertragliches Recht auf Ausgleich. Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, in den Solidarpakt II hineinzuschauen. Dieser Solidarpakt – Sie wissen es – gibt den Hochschulen finanzielle Planungssicherheit bis ins Jahr 2014.

Unter Punkt 2 dieses Solidarpakts ist ausdrücklich ausgeführt, dass für die Studiengebühren des Landeshochschulgebührengesetz in der Fassung des Jahres 2005 gilt. Das ist die Grundlage des Pakts.

Jetzt hat der Landtag mit der Einführung der Geschwisterregelung dieses Landeshochschulgebührengesetz massiv verändert und somit einseitig den

17. Juni 2009  
Semar/Heusel

## 68. Plenarsitzung

021 / 6

Vertrag mit den Hochschulen gebrochen.

Wir fordern die Hochschulen ausdrücklich auf, sich zu wehren, auf die Barrikaden zu gehen und auf die Einhaltung der Geschäftsgrundlage des Solidarpakts zu pochen. Schließlich erbringen sie auch ihren Teil des Solidarpakts mit der Umstellung auf Bachelor und Master und einem Studienplatzaufbau im Rahmen des Programms „Hochschule 2012“.

Eigentlich sollte man erwarten, dass die Direktoren an den Hochschulen in unserem Land angesichts dieser Umstände, dieses Bruchs des Solidarpakts an der Seite der Protestierenden stehen und ebenfalls streiken. Die in HRK-Präsidentin Professor Wintermantel hat sich ja unlängst im Fernsehen solidarisch erklärt. Ich frage mich nun: Warum halten sich die Rektoren der einzelnen Hochschulen so vornehm zurück?

(folgt 022: Warum solidarisieren Sie sich nicht...)

17. Juni 2009  
Tauer/Plucis

## 68. Plenarsitzung

022 / 1

(Fortsetzung 11:45 Uhr: Abg. Martin Rivoir SPD)

Warum solidarisieren sie sich nicht offen mit ihren Studierenden, obwohl sie deren Analysen und Forderungen weitgehend teilen? Wir wissen aus Gesprächen mit den Rektoren und wir lesen es in den Zeitungen, wie sehr sie und die Hochschulleitungen unter der Hochschulpolitik leiden, wie unplanbar die Finanzierung geworden ist und wie beliebig die Entscheidungen fallen.

Warum stehen die Rektoren nicht öffentlich zu ihrer Meinung und zu ihren nicht öffentlich auch Ihnen gegenüber ausgesprochenen Worten?

Ich bin der Meinung, sie verhalten sich so, weil sie wissen, dass sie mit ihrer öffentlichen Beschreibung der tatsächlichen Verhältnisse, und sei sie noch so wahr, Sanktionen aus dem Hause Frankenberg fürchten müssen. Schließlich ist man bei der Bewilligung von Ausstattungsmitteln, bei der zügigen Abwicklung von Berufungsverfahren oder bei der Entscheidung über Baumaßnahmen angesichts vieler, vieler Konkurrerender deutlich abhängig von Minister und Ministerium.

(Glocke des Präsidenten)

17. Juni 2009  
Tauer/Plucis

## 68. Plenarsitzung

022 / 2

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Rivoir, könnten Sie langsam zum Schluss kommen?

17. Juni 2009  
Tauer/Plucis

## 68. Plenarsitzung

022 / 3

**Abg. Martin Rivoir SPD:** Jawohl. Dann werde ich in der zweiten Runde das noch etwas weiter ausführen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)



Nach Durchsicht genehmigt:

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Bachmann.

17. Juni 2009  
Dammer/Ergün

## 68. Plenarsitzung

027 / 3

**Abg. Martin Rivoir SPD:** Er hat noch ein bisschen Redezeit.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Aber nichts zu sagen!)

– Er hat genug zu sagen. Warten Sie es ab.

(Zurufe, u. a. der Abg. Johannes Stober SPD und Winfried  
Kretschmann GRÜNE)

17. Juni 2009  
Dammer/Ergün

## 68. Plenarsitzung

027 / 4

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will nur noch einmal auch langgedienten Fraktionsvorsitzenden erklären: Bei einer Aktuellen Debatte gibt es einleitende Erklärungen der Fraktionen mit einer Redezeit von fünf Minuten und danach eine Aussprache mit einer Redezeit von noch einmal fünf Minuten. Wenn man das zusammenzählt, kommt man auf zehn Minuten.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Wenn man Bildung hat!)

17. Juni 2009  
Dammer/Ergün

## 68. Plenarsitzung

027 / 5

**Abg. Martin Rivoir SPD:** Ich war bei sieben Minuten. Somit habe ich noch drei Minuten Redezeit.

17. Juni 2009  
Dammer/Ergün

## 68. Plenarsitzung

027 / 6

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Wer die zehn Minuten in der ersten Runde noch nicht ausgeschöpft hat, erhält in der zweiten Runde für die verbleibende Redezeit selbstverständlich noch das Wort.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Jetzt hat Herr Abg. Rivoir von der SPD-Landtagsfraktion das Wort.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Danke für die Belehrung,  
Herr Präsident!)

17. Juni 2009  
Dammer/Ergün

## 68. Plenarsitzung

027 / 7

**Abg. Martin Rivoir SPD:** Ich werde mich kurz fassen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Warum haben Sie ein so  
schwarzes Hemd an?)

– Das macht nichts. Passen Sie einmal auf.

Ich habe vier Punkte anzusprechen.

Herr Kollege Bachmann, die Arroganz, mit der Sie hier versuchen, 15 000  
Protestierende auf der Straße in die Ecke irgendwelcher linker Chaoten oder  
Anarchisten zu rücken

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das hat er doch gar nicht  
gemacht! – Gegenruf des Abg. Johannes Stober SPD: Hat er  
gemacht! – Zuruf des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

– das haben Sie getan; Sie haben das vorgelesen –, diese Arroganz, mein lieber  
Herr Bachmann, ist – das muss ich Ihnen sagen – kaum zu überbieten. Das war  
Punkt 1.

Punkt 2: Ich möchte noch einmal sagen: Niemand ist gegen die Umstellung auf

---

Telefax Stenografischer Dienst: (0711) 2063 14335

Telefon Stenografischer Dienst: (0711) 2063 336 (Wienand)

17. Juni 2009  
Dammer/Ergün

## 68. Plenarsitzung

027 / 8

Bachelor und Master. Es geht um die Art und Weise, wie das gemacht worden ist. Hier in diesem Land ist außer der Schaffung eines gesetzlichen Zwangs nichts gemacht worden. Die Universitäten haben kein zusätzliches Geld bekommen. Wir haben im Moment ein großes Problem beim Übergang vom Bachelor zum Master, weil dabei Engpässe entstehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Wir hatten ein Konzept vorgeschlagen, es den Hochschulen in ihrer Autonomie zuzugestehen, selbst zu entscheiden, welche Studiengänge sie umstellen. Das wurde hier leider abgelehnt.

Der dritte Punkt betrifft noch einmal die Finanzen und den Solidarpakt.

(Minister Dr. Peter Frankenberg unterhält sich mit Staatssekretär

Dr. Dietrich Birk.)

– Herr Minister, wenn Sie mir freundlicherweise kurz zuhören könnten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, das ist ja unmöglich!)

17. Juni 2009  
Dammer/Ergün

## 68. Plenarsitzung

027 / 9

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wäre gut, wenn bei einer Aktuellen Debatte die Regierung auch den Ausführungen der Abgeordneten zuhören würde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel

SPD: Er hört nicht einmal dem Präsidenten zu! – Abg. Stephan

Braun SPD: Das ist unglaublich!)

17. Juni 2009  
Dammer/Ergün

**68. Plenarsitzung**

027 / 10

**Abg. Martin Rivoir SPD:** Herr Minister Frankenberg, mein dritter Punkt: Nehmen Sie den Ausfall an Studiengebühren durch die Geschwisterregelung ernst. Den Hochschulen fehlen Millionenbeträge, Beträge, mit denen sie geplant hatten; sie hatten Projekte auf den Weg gebracht. Ich stimme Ihnen zu: Wenn man es gut durchrechnet, dann stellt man fest, dass dieser Berg in zwei, drei Jahren weg ist. Aber das Geld fehlt den Hochschulen trotzdem, und sie durften in der Vergangenheit aus den ersten Einnahmen auch gar nicht solch hohe Rückstellungen bilden, um diese Ausfälle ausgleichen zu können.

(Zuruf des Abg. Günther-Martin Pauli CDU)

Sie müssen das ernst nehmen. Wir müssen da einen Ausgleich schaffen. Das Parlament und die Regierung haben den Solidarpakt einseitig gebrochen. Wir müssen dort Änderungen vornehmen. Ich bin auf die Reaktionen darauf gespannt.

Der vierte Punkt: Es ist mir ein besonderes Vergnügen, diesen Punkt anzusprechen, weil ich von Ihnen, Herr Minister, keine Belehrungen über das Wort Unternehmer brauche. Ich bin selbst in meinem Zivilberuf Unternehmer. Ich habe eine Firma mit sieben Personen, und ich weiß, was Unternehmen heißt.

---

**Telefax Stenografischer Dienst: (0711) 2063 14335**

**Telefon Stenografischer Dienst: (0711) 2063 336 (Wienand)**

17. Juni 2009  
Dammer/Ergün

**68. Plenarsitzung**

027 / 11

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion der FDP/DVP darf ich  
Frau Abg. Dr. Arnold das Wort erteilen.